



Presseschau vom 25.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Kai-Alexander Schlevogt: Der Westen muss Russland ernst nehmen und Frieden schaffen, bevor es zu spät ist

Die aktuelle Weltlage ist derzeit brenzlicher als kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Nach der von der russischen Staatsführung angekündigten militärischen und wirtschaftlichen Teilmobilmachung muss sich der "kollektive Westen" sofort ehrlich und ernstlich um Frieden mit Russland bemühen. ...

<https://kurz.rt.com/37l8> bzw. [hier](#)

Thomas Frank: Die grünen Kriegstreiber

Die einstige Friedenspartei ist zum größten Kriegshetzer geworden. Auch ihre Wähler: Während nur 49 Prozent der Gesamtbevölkerung für Waffenlieferungen in die Ukraine sind, befürworten 76 Prozent der Grünen-Wähler die Kriegsverlängerung mit Tausenden von Toten. Auch schon in der Vergangenheit taten sich die Grünen mit Zustimmung zu Kriegen hervor.

...

<https://kurz.rt.com/37kx> bzw. [hier](#)

Daniele Pozzati: Italien: Dem Wahlsieg Giorgia Melonis steht nur die Wahlenthaltung im Wege

Die Mitte-rechts-Koalition ist Umfragen zufolge die einzige, die am Sonntag einen klaren Wahlsieg erringen könnte. Erwartet wird aber auch ein Rekordhoch von 33 Prozent Wahlenthaltungen, meist von enttäuschten Rechtswählern. Mittlerweile – für 51 Prozent der Italiener, die gegen die Sanktionen sind – spielt Berlusconi die Pro-Russland-Karte. ...

<https://kurz.rt.com/37ln> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Ein Jahr nach der Bundestagswahl: Regieren gegen Deutschland

Hätte man das ahnen können vor einem Jahr, Frieren, kalt Duschen und dafür Waffen für die Ukraine? Ein Rekord wurde sicher gesetzt, in diesem einen Jahr – ein Negativrekord. Alles kam noch schlimmer, als man fürchten konnte. Ein Fall für die Geschichtsbücher. ...

<https://kurz.rt.com/37lk> bzw. [hier](#)

Regina Schwarz: BlackRock vergiftet die Umwelt und ruiniert Länder: Das Beispiel Argentinien

Auf der BlackRock-Konferenz zeigte die Journalistin Gaby Weber, wie sich Investitionen des Vermögensverwalters auf Wirtschaft und Umwelt auswirken. Am Beispiel der verlorenen Souveränität in Argentinien und des Fischsterbens in der Oder führte sie in die menschlichen und ökologischen Kosten der Profitmacherei ein. ...

<https://kurz.rt.com/37d3> bzw. [hier](#)

Andrei Rudalew: Hoffnung für die Welt: Des Westens Kartenhaus steht vor dem Einsturz

Bei allem Gerede von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, von Werten überhaupt: Das wahre Wesen des Westens beruht auf Unterdrückung, Ausbeutung und Raub. Anders als früher agiert der Westen heute nicht mehr rational, sondern nur noch hysterisch. Das birgt Hoffnung für die gesamte Welt. ...

<https://kurz.rt.com/37cy> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Alexei Schurawko – Ein widerständiger Oppositionspolitiker vom Kiewer Regime ermordet

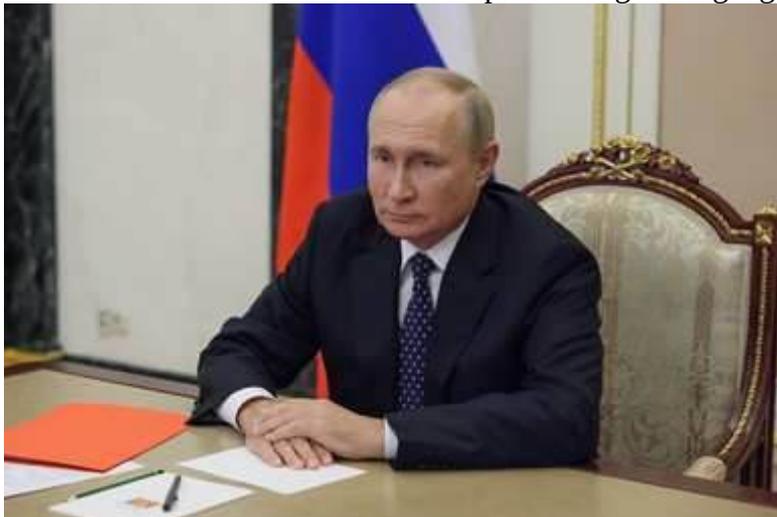
Alexei Schurawko, der mit einer Behinderung zur Welt gekommen ist, musste sein Leben lang kämpfen. Die letzten Jahre kämpfte er für sein Recht, in seiner Heimat zu leben. Durch den Maidan aus der Ukraine vertrieben, kehrte er erst in diesem Jahr dorthin zurück. Er wurde heute von einer US-Rakete, die ein Journalistenhotel in Cherson traf, getötet. ...
<https://kurz.rt.com/37mi> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:00 de.rt.com: **Putin unterzeichnet Änderungspaket zur Militärdienstordnung**

Präsident Wladimir Putin hat ein Paket von Änderungen des Strafgesetzbuches zum Militärdienst unterzeichnet. Unter anderem wird darin die Strafbarkeit des freiwilligen Begebens in Gefangenschaft (drei bis zehn Jahre Haft) und der Plünderung (bis zu 15 Jahren) eingeführt.

Außerdem wird die Verantwortung für die Nichtausführung militärischer Befehle, den Widerstand gegen einen Vorgesetzten, die Desertion, die Flucht vor dem Dienst, die Verletzung der Dienstvorschriften und den Verlust von militärischem Eigentum verschärft, wenn diese Handlungen "unter Kriegsrecht, in Kriegszeiten oder unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts oder von Kampfhandlungen" begangen werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632f05ff48fbef7e0c2e5109.jpg>

19:30 de.rt.com: **Referendum nicht beeinträchtigt: Ukraine verstärkt den Beschuss von Nowaja Kachowka**

Der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Bezirks Kachowski im Gebiet Cherson, Wladimir Leontjew, erklärte, dass in den Tagen des Referendums der Beschuss zugenommen habe. Gegenüber der Nachrichtenagentur TASS sagte er am 24. September, dass Nowaja Kachowka zunehmend von der Ukraine angegriffen werde:

"Heute Nacht wurden erneut zivile Einrichtungen getroffen. Mehr als zwanzig Einzelhandelsgeschäfte und Läden wurden zerstört und niedergebrannt."

Am 23. September seien mehr als elf Raketenangriffe auf die Ortschaft registriert worden, fügte er hinzu. Diese konnten das Referendum jedoch nicht stören, betonte Leontjew.

"Der zweite Tag ist angebrochen und man kann behaupten, dass das Referendum stattgefunden hat – das steht fest."

20:00 de.rt.com: **Dutzende ukrainische Kriegsgefangene beantragen DVR-Staatsbürgerschaft und nehmen am Referendum teil**

57 Kriegsgefangene mit ukrainischen Pässen nahmen am [Referendum](#) über den Anschluss der Region an Russland teil, gab die Donezker Informationsagentur bekannt. Ihre Pässe sind mit einem Aufenthaltsstempel der Volksrepublik Donezk versehen, festgehalten werden sie in der Strafkolonie in Jelenowka.

Wie der Vorsitzende des Volksrats der Republik, Wladimir Bidjewka, mitteilte, haben 24 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte – 11 Männer und 23 Frauen – beim Volksrat die Staatsbürgerschaft der DVR beantragt.



<https://thumbs.odycdn.com/ca5ca6d8ab0164a57af0dfe3a6354e23.webp>

20:23 de.rt.com: **Außenminister Sergei Lawrow gibt Pressekonferenz in New York (Deutsche Simultanübersetzung)**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow gibt am heutigen Samstag eine Pressekonferenz am Rande der 77. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Sie schließt sich an seine Rede während der Generaldebatte an.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456258288&hash=f70c29a8ecb489a9" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258288

20:30 de.rt.com: **Erhalt der Staatsbürgerschaft für Ausländer im Dienst der russischen Armee wird vereinfacht**

Ausländer, die in der russischen Armee dienen, können künftig die russische Staatsbürgerschaft wesentlich schneller erhalten. Wladimir Putin hat entsprechende Änderungen am Gesetz "Über die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation" vorgenommen.

Es handle sich um ausländische Staatsangehörige, die einen Vertrag mit den russischen Streitkräften für mindestens ein Jahr unterzeichnet haben, erklärte Gazeta.ru. Nun müssen sich Ausländer nicht mehr fünf Jahre lang dauerhaft in Russland aufhalten oder eine Aufenthaltsgenehmigung vorlegen, um einen russischen Pass zu beantragen. Zuvor hatte der Föderationsrat Russlands ein vereinfachtes Einbürgerungsverfahren für Ausländer gebilligt, die einen Militärvertrag abschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632f2efbb480cc3b257547d2.jpg>

21:00 de.rt.com: **"Der Augenblick ist definitiv gefährlich" – Borrell über den möglichen Einsatz von Atomwaffen**

"Wenn jemand sagt, dass er nicht blufft, müssen seine Worte ernst genommen werden", sagte der europäische Chefdiplomat Josep Borrell am 24. September gegenüber der BBC zu Wladimir Putins Erklärung über den möglichen Einsatz von Atomwaffen im Falle einer Bedrohung der russischen Souveränität. Der jetzige Augenblick sei deshalb definitiv gefährlich, fügte Borrell hinzu. Der Diplomat meinte auch, dass die EU trotz des Ernstes der Lage weiterhin Sanktionen gegen Russland verhängen und die Ukraine unterstützen solle. Die Nachrichtenagentur TASS zitierte ihn wie folgt:

"Jeder, der nach Moskau gereist ist, der den Kreml besucht hat, um mit Putin zu sprechen, hat von ihm dieselbe Antwort erhalten: 'Ich habe militärische Ziele, und bis diese erreicht sind, werde ich die Militäraktionen ergreifen'. Dies ist sicherlich ein besorgniserregender Kurs, aber wir müssen die Ukraine weiterhin unterstützen."

Borrell ist nun jedoch davon überzeugt, dass der Konflikt mit "diplomatischen Mitteln" und auf eine Weise gelöst werden muss, "die die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine gewährleistet".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632f1c2eb480cc332f4a6259.jpg>

22:51 de.rt.com: **Rede des russischen Außenministers Sergei Lawrow vor der UN-Vollversammlung in New York (Deutsch)**

Am heutigen Samstag hielt der russische Außenminister Sergei Lawrow eine Rede vor der 77. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York City.

Er äußerte sich ausführlich unter anderem zum Konflikt in der Ukraine und ging auf andere aktuelle Fragen der internationalen Lage ein. Die Generaldebatte der Vollversammlung ist seit Jahren eine der etabliertesten Plattformen, wo über regionale und internationale Probleme diskutiert wird.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456258295&hash=85257d2f45c80591" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258295

vormittags:

7:00 de.rt.com: Ukrainische Spitzel im Gebiet Cherson neutralisiert

Eine Gruppe ukrainischer Spitzel, die als Wildhüter des Biosphärenreservats am Schwarzen Meer auf der Nehrung Kinburn tätig waren, wurde im Gebiet Cherson neutralisiert. Das gab ein russischer Gesetzeshüter gegenüber [RIA Nowosti](#) bekannt. Er erklärte:

"Im Auftrag des SBU sammelten und übermittelten die Mitarbeiter des Reservats Daten über die Bewegungen der russischen Truppen. Außerdem legten sie Waffenverstecke an und transportierten bewaffnete Saboteure über den Dnepr hin und her."

Der inhaftierte stellvertretende Direktor des Reservats, Wiktor Taranow, gestand gegenüber RIA Nowosti, er erfüllte Aufträge seines Schwiegersohns, des SBU-Offiziers Leonid Golowko.

7:21 de.rt.com: Aufgabe der Polizei: Deutsche Polizeigewerkschaft wehrt sich gegen Einsatz der Bundeswehr im Innern

In Deutschland verschwimmen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend. So wird immer häufiger diskutiert, bei etwaigen Problemen im Inland die Bundeswehr zu Rate zu ziehen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat deshalb nun vor einer Militarisierung der inneren Sicherheit durch die Hintertür gewarnt.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Mit der Aufstellung des territorialen Führungskommandos der Bundeswehr zum 1. Oktober will die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte im Inneren auch in Deutschland wieder salonfähig machen. Dabei verfügt die mit der Wahrung der inneren Sicherheit eigentlich betraute Polizei mittlerweile selbst über ausreichend Feuerkraft, Spezialkräfte und Expertise, um etwaigen Gefahren wie Terrorangriffen oder öffentlichen Unruhen erfolgreich entgegenzutreten zu können – besser als das Militär. Die bestehende Ordnung, wonach die Polizei für das Aufrechterhalten der inneren Sicherheit und die Bundeswehr für die Landesverteidigung zuständig ist, sollte deshalb auch erhalten bleiben, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DpolG).

Eine Militarisierung der inneren Sicherheit durch die Hintertür lehnt sie deshalb auch weiterhin entschieden ab. "Politische Pläne, das Grundgesetz zu ändern, um die Bundeswehr vermehrt im Inland (insbesondere etwa beim Objektschutz) einzusetzen, lehnt die Deutsche Polizeigewerkschaft entschieden ab", [positioniert](#) sich die Gewerkschaft auf ihrer Website.

Zwar ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern zurzeit zumindest noch mit hohen gesetzlichen Hürden verbunden. Aber an denen wird seit geraumer Zeit bereits gerüttelt.

Bisher gilt allerdings: Innerhalb Deutschlands darf die Bundeswehr nur in bestimmten Ausnahmefällen aktiv werden.

Das Grundgesetz lässt hier derzeit drei Optionen zu. Für die erste – die Katastrophenhilfe – sind die Hürden relativ gering, für die beiden anderen jedoch hoch. Der zweite Fall wäre die Amtshilfe, wie sie etwa im Zuge der COVID-19-Pandemie stattfand. Und der dritte Fall ist

der innere Notstand. Hier darf die Bundeswehr laut Grundgesetz zum Schutz von zivilen Objekten und bei der "Bekämpfung nichtstaatlicher Gegner" eingesetzt werden, "wenn diese organisiert und militärisch bewaffnet sind".

Dies gilt laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages allerdings nur, wenn die "freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes gefährdet ist" und die Kräfte von Polizei und Bundespolizei nicht ausreichen, was im Fall aufkeimender landesweiter Unruhen – wie sie etwa Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) aufgrund der verfehlten Energiepolitik fürchtet – vermutlich zutreffen würde. Ab welchem Punkt die "freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes gefährdet ist", ist allerdings wiederum Auslegungssache der Politik, die gleichzeitig seit vielen Jahren bereits daran arbeitet, in Deutschland einen zentralisierten Katastrophenschutzapparat unter militärischem Oberkommando zu installieren.

Mitunter setzt deshalb die Bundesregierung – unter dem Vorwand der sogenannten Amtshilfe zur Bewältigung bestimmter Aufgaben – seit einiger Zeit vermehrt auf den Einsatz von Soldaten, statt auf die zur Wahrung der Aufgaben eigentlich vorgesehenen Einsatzkräfte zurückzugreifen. Ein Beispiel dafür war die vermeintliche Amtshilfe der Bundeswehr in den Gesundheitsämtern; und diese führte gar zu der Gründung eines dem Kanzleramt unterstehenden Krisenstabs zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unter der Führung von Generalmajor Carsten Breuer, Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr.

Doch weshalb gab Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die der parlamentarischen Kontrolle des Bundestags unterstehende Krisenkoordination unter Berufung auf das unter Verfassungsrechtlern stark umstrittene Infektionsschutzgesetz an einen dazu eigentlich nicht legitimierten General der Bundeswehr ab? Die Antwort auf diese Frage lieferte Breuer im [Interview](#) mit dem Deutschlandfunk selbst. Mit seiner Ernennung zum Leiter des "Krisenstabs" habe die Bundesregierung demnach eine "Normalisierung des Militärischen und der Bundeswehr" vorantreiben wollen. Bejubelt wurde die Militarisierung der deutschen Innenpolitik im Zuge der Corona-Bekämpfung damals von fast allen politischen Parteien. Proteste dagegen gab es hingegen nur wenige.

Doch nun geht man in Deutschland sogar noch einen Schritt weiter: Mit der Gründung eines territorialen Führungskommandos, das ab Oktober für die "neuen Herausforderungen" im Bereich der inneren Sicherheit zuständig sein soll, wird allmählich weiter an der von der Politik sonst hochgepriesenen Trennung der Zuständigkeiten von Polizei und Militär in Deutschland gerüttelt. Sollte der vom Militär geführte Corona-Krisenstab somit etwa lediglich ein kleiner Vorgeschmack auf die kommenden Jahre sein?

Eine Sorge, die offenbar auch die Deutsche Polizeigewerkschaft teilt. Auf ihrer Website weist sie deshalb darauf hin, dass es in Deutschland "keine Militarisierung der Inneren Sicherheit" geben dürfe: "Innere und äußere Sicherheit sind unter spezifischen Anforderungen auf unterschiedliche Art und Weise durch die jeweils dazu berufenen – und entsprechend ausgebildeten sowie ausgerüsteten – Kräfte zu gewährleisten." Laut der Gewerkschaft müsse auch weiterhin der Grundsatz gelten: "Bundeswehr für die äußere Sicherheit, Polizei für die innere Sicherheit."

Die "katastrophische Ausnahmesituation" dürfe von der Politik nicht fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt werden, mahnt die Gewerkschaft. "Es bleibt zu hoffen, dass das endlich auch diejenigen Politiker verstehen, die die Polizei immer weiter reduzieren wollen, um dann Soldaten als Reservepolizei einzusetzen." Durch die derzeitige Politik werde die "katastrophische Ausnahmesituation" – die Voraussetzung für den Einsatz der Bundeswehr im Innern ist – aber erst herbeigeführt und die Grenze des Zulässigen zugleich überschritten, heißt es in der Erklärung abschließend.

Seit einiger Zeit stellt die deutsche Militärdoktrin bereits Inlandseinsätze in Aussicht – "im

Rahmen der geltenden Gesetze", die die Regierungsparteien hin und wieder allerdings ausweiten wollen. Bis dahin agieren Innen- und Verteidigungsminister am Rand der Verfassungsmäßigkeit, wie der Corona-Krisenstab zeigte. Doch wozu soll die Bundeswehr vermehrt im Inland eingesetzt werden? Bangen die Herrschenden tatsächlich um ihre Macht? Die Frage ist müßig. Als 1968 die Notstandsgesetze eingeführt worden waren, hatte die Politik ständig von möglichen Aufständen und Revolutionen gesprochen. Zwar hatten sie bereits damals zugegeben, dass es keinerlei Anzeichen dafür gebe, aber man könne ja nie wissen und müsse stets vorbereitet sein. Auch heute ist eine Revolution nicht in Sicht. Dennoch warnen der deutsche Staatsapparat und Politiker wie Baerbock geradezu gebetsmühlenartig, dass eine drohe.

Die größte Gefahr für die Demokratie geht heute jedoch weniger von den in Deutschland lebenden Menschen, sondern vielmehr von den Regierungspolitikern selbst aus, die bei jeder Gelegenheit zentrale Grundrechte in Frage stellen und sich dabei unter anderem auf das neu gegründete territoriale Führungskommando der Bundeswehr stützen können, das die Befehle der Politik völlig kritiklos ausführen wird. Mit dieser weiteren Zentralisierung und Koordinierung der Bundeswehreinsätze im Innern werden die sonst so gepriesenen Lehren aus dem deutschen Faschismus immer offener angegriffen und die Polizei zugleich ihrer Daseinsberechtigung beraubt. Eigentlich war der Bundeswehr als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg der Einsatz innerhalb der deutschen Grenzen verboten worden.

Doch über die letzten Jahrzehnte wurde dies immer weiter aufgeweicht, sodass mit dem Territorialen Führungskommando nun eine Institution geschaffen wurde, die im Krisenfall zur Schaltzentrale der militärischen Gewalt im Innern und in Zukunft voraussichtlich dauerhaft anstelle der Polizei im Einsatz sein wird. So hatte die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2005 – kurz vor ihrem Amtsantritt – bereits deutlich gemacht: "Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Internationale Einsätze unter Beteiligung Deutschlands und Heimatschutz sowie Einsatz der Bundeswehr im Innern sind deshalb zwei Seiten ein und derselben Medaille."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632f2bfab480cc3cf85b7454.jpg>
Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht mit Soldaten der Bundeswehr

7:24 de.rt.com: **Beteiligung nach zwei Tagen Referendum: LVR – 45,68 Prozent und DVR – 55,05 Prozent**

Die Gesamtwahlbeteiligung während der ersten zwei Tage am Referendum in der Volksrepublik Lugansk (LVR) lag bei 45,86 Prozent. Dies teilte die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission der Republik, Jelena Krawtschenko, mit.

Der zweite Wahltag sei ohne Zwischenfälle verlaufen. Sie stellte fest, dass die endgültige Beteiligung am Referendum mindestens 80 Prozent betragen könnte.

In der Volksrepublik Donezk lag die Wahlbeteiligung am Ende der beiden Wahltage bei 55,05 Prozent, so der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission der Republik, Wladimir

Wyssozki. Er erklärte gegenüber Reportern:

"An den beiden Tagen haben insgesamt 858.681 Menschen abgestimmt, und das nur in der Volksrepublik Donezk. In den Wahllokalen im Ausland haben an den beiden Tagen bereits 235.546 Personen ihre Stimme abgegeben. Dieses Ergebnis ist sehr gut, es ist sehr zufriedenstellend."

Die Vorsitzende der Wahlkommission des Gebietes Cherson, Marina Sacharowa, teilte RIA Nowosti mit, dass die Wahlbeteiligung am Freitag und Samstag bei 31,79 Prozent der Wählerstimmen lag.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632fd925b480cc57ef5086ac.jpg>

8:03 de.rt.com: **Lawrow: Westliche Hysterie über die in diesen Tagen abgehaltenen Referenden ist bezeichnend**

Russland wird die Ergebnisse der Referenden, die in diesen Tagen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den befreiten Gebieten der Gebiete Cherson und Saporoschja abgehalten werden, bedingungslos respektieren. Dies sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Samstag auf einer Pressekonferenz im Anschluss an seiner Teilnahme an der 77. Sitzung der UN-Generalversammlung. Er erklärte laut [TASS](#):

"Ich möchte einige der Äußerungen, die man heute buchstäblich aus Washington, London, Brüssel und anderen westlichen Hauptstädten zu den in diesen Tagen abgehaltenen Referenden in der DVR, der LVR und in den befreiten Teilen der Gebiete Cherson und Saporoschje in der Ukraine hört, kommentieren. Die Hysterie, die wir derzeit erleben, ist sehr bezeichnend. Die direkte Äußerung des Willens der Bürger ist schon lange keine Form der Kontrolle über dieses oder jenes Gebiet mehr, die der Westen akzeptiert und unterstützt."

"Wie der russische Präsident Wladimir Putin sagte, werden wir die Ergebnisse dieser demokratischen Prozesse auf jeden Fall respektieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632fdbccb480cc32bc56bba2.jpg>
g

Der russische Außenminister Sergei Lawrow spricht auf der 77. Sitzung der UN-Generalversammlung

8:48 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter: Kiew plant Offensive über den Dnepr**

Die Kiewer Behörden entwickelten mehrere Szenarien für eine Offensive im Gebiet Saporoschje, eines davon sehe vor, den Dnepr zu überqueren. Das erklärte das Mitglied des Hauptrates der Verwaltung des Gebietes Saporoschje, Wladimir Rogow, gegenüber [RIA Nowosti](#).

"Das Kiewer Regime entwickelt mehrere Szenarien für eine Selbstmordoffensive im Gebiet Saporoschje, eines davon sieht vor, den Dnepr zu überwinden. Die Pläne werden unter der Aufsicht des Pentagons entwickelt."

Rogow zufolge seien all diese Pläne bekannt. Sollten die ukrainischen Truppen einen Angriff wagen, werden sie zurückgeschlagen.

Gleichzeitig seien die ukrainischen Streitkräfte dabei, das linke Ufer des Dnepr im befreiten Teil des Gebietes Saporoschje intensiv zu beschießen. Der letzte derartige Beschuss fand am Ufer des Dorfes Iwanowka statt. Rogow betonte:

"Der Beschuss von Iwanowka ist eine Bestätigung für die Vorbereitungen zur Überwindung des Dnepr."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632fe499b480cc2e3d090b77.jpg>
g

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 25.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 2 Drohnen;
- 4 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Nishnjaja Dubanka, Nowaja Astrachan, Sewerodonezk und Stachanow** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 16 Raketen abgefeuert.

Infolge von Beschuss wurde in Nishnjaja Dubanka ein Wohnhaus zerstört und ein weiteres beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Truppen **Altschewsk** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 6 Raketen abgefeuert.

Weitere Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 24. September haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Ustinowka und Bobrowo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:01 de.rt.com: **Ukrainische Rakete trifft Hotel, in dem RT-Kriegskorrespondent Murad Gasdijew und sein Team untergebracht sind**

Eine ukrainische Rakete ist in das Hotel eingeschlagen, in dem sich das Kamerateam des RT-Kriegskorrespondenten Murad Gasdijew aufhielt. In einem der Videos, die der Journalist dazu veröffentlichte, sagt er in Trümmern stehend:

"Wie Sie sehen können, ist von dem Raum nicht mehr viel übrig. Ich habe an dieser Stelle geschlafen."

Die russischsprachige Redaktion von RT schrieb dazu auf Telegram, dass weder Murad noch sein Kameramann Michail verletzt wurden. Nach der Explosion halfen die Männer, die Menschen unter den Trümmern hervorzuholen.

Außerdem beschädigte die Explosion die neben dem Hotel stehenden Autos, darunter auch den Geländewagen unserer Kriegsberichterstatter. Das Fahrzeug ist noch fahrbereit, allerdings stark beschädigt.

9:30 de.rt.com: **Angriff auf Hotel mit RT-Filmteam erfolgte mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern**

Das Hotel in Cherson, in dem sich RT-Journalisten aufhielten, wurde mit US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfern beschossen – dabei wurden zwei Raketen abgefeuert, von denen eine von der Luftabwehr abgeschossen wurde. Das berichtet die russischsprachige Redaktion von RT.

Bei dem Angriff wurde der ehemalige Rada-Abgeordnete und Lokalpolitiker Alexei Schurawko getötet.

Kriegskorrespondent Murad Gasdijew, der den Beschuss unbeschadet überstand, erklärte: "Erinnern Sie sich an die Aussage der Ukraine, dass jeder [HIMARS]-Angriff mit Washington koordiniert wird? Das bedeutet, dass die USA den Angriff auf Schurawko und auf das Hotel, in dem Zivilisten und Journalisten wohnten, koordiniert haben."

Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, [bestätigte](#) offiziell den Tod des Politikers Alexei Schurawko. Berichten zufolge soll eine weitere Person getötet worden sein, berichtet [RIA Nowosti](#).

Die Gebietsverwaltung von Cherson wies darauf hin, dass das Hotel nicht für militärische Zwecke genutzt wurde und dass dort nur Journalisten und Mitarbeiter wohnten. Die örtlichen Behörden betrachten den Raketenangriff als einen terroristischen Akt, für den die ukrainische Führung verantwortlich ist.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **258 Geschosse** mit Hochgeschwindigkeitsradarabwehrraketen „AGM-88 HARM“, Panzern, Rohrtartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**. Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 9 wurden verletzt**. 42 Häuser und 11 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer T-72, 2 Drohnen, 3 Panzerfahrzeuge. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 30 Nationalisten.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepetok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

10:17 de.rt.com: Minsk: Werden auf Grundlage nationaler Interessen über Anerkennung der Ergebnisse des Referendums zum Beitritt Russlands entscheiden

Weißrussland wird über die Anerkennung der Ergebnisse der Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, im Gebiet Cherson und in den befreiten Teilen des Gebietes Saporoschje auf der Grundlage seiner nationalen Interessen entscheiden. Das verkündete der Leiter des weißrussischen Außenministeriums, Wladimir Makei, in einem Interview mit dem französischen Fernsehsender France 24. Auf die Frage, ob Minsk diese Gebiete als Teil Russlands anerkennen werde, antwortete er:

"Wir erkennen Russland an. Niemand kann genau vorhersagen, was morgen passieren wird. Wir werden die Situation prüfen und eine Entscheidung im Einklang mit unseren nationalen Interessen und nicht mit den Interessen eines anderen Landes treffen."

Makei bezeichnete die Behauptung, dass Weißrussland eine Marionette Russlands sei, als das

Vorgehen von "marginalen Politikern und marginalen Medien". Er hob hervor:
"Wir verfolgen unsere eigene Politik, eine unabhängige Politik. Wenn Sie unsere Position sorgfältig analysieren, vor allem in Bezug auf die Anerkennung einiger staatlicher Einheiten, werden Sie feststellen, dass dies nicht stimmt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632fde1448fbef5b51189c1b.jpg>

Wladimir Makei

10:32 de.rt.com: **Wahltagsbefragung: 93 Prozent der Wähler im Gebiet Saporoschje stimmten bisher für Beitritt zur Russischen Föderation**

Ungefähr 93 Prozent der Menschen, die am ersten Tag des Referendums über den Beitritt des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation abgestimmt haben, stimmten dafür. Das Republikanische Institut für politische und soziologische Forschung auf der Krim veröffentlichte diese Daten auf der Grundlage der Ergebnisse einer Umfrage vom Sonntag. In einer entsprechenden Erklärung heißt es laut [TASS](#):

"Am ersten Abstimmungstag des Referendums, dem 23. September 2022, wurden 500 Einwohner des Gebietes befragt. Von denjenigen, die an dem Referendum teilnahmen, sprachen sich 93 Prozent für den Beitritt des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation aus, während sieben Prozent den ukrainischen Status des Gebietes befürworteten."

10:59 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschädigt Kindergarten bei Beschuss von Donezk**

Das Gebäude eines Kindergartens im Donezker Stadtteil Kirowski wurde durch den Beschuss der ukrainischen Truppen beschädigt. Das [teilte](#) der Bürgermeister der Stadt, Aleksei Kulemsin, auf seinem Telegram-Kanal mit.

Wie die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen der Ukraine [berichtete](#), feuerte die ukrainische Armee um 6.30 Uhr Moskauer Zeit fünf Granaten des NATO-Kalibers 155 Millimeter auf den Bezirk Kirowski ab. Darüber hinaus wurden die Donezker Stadtteile Kuibyschewski und Kiewski zwischen 6:10 und 8:05 Uhr beschossen – insgesamt wurden 18 Granaten abgefeuert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632fec1fb480cc30193e4d04.jpg>

11:36 de.rt.com: **Wahllokal bei Energodar aufgrund von ukrainischem Beschuss in Reservelokal verlegt**

Die Abstimmung im Referendum über den Beitritt des Gebietes Saporoschje zu Russland wurde am Sonntag um 08:00 Uhr Moskauer Zeit fortgesetzt, wobei alle Mitglieder der Wahlkommissionen ihre Arbeit fortsetzten. Wegen des Beschusses von Energodar musste jedoch eines der Wahllokale verlegt werden, erklärte Galina Katjuschtschenko, die Leiterin der Wahlkommission des Gebietes Saporoschje, gegenüber Reportern. Sie sagte laut [TASS](#): "Heute um 08:00 Uhr wurde das Referendum im Gebiet Saporoschje über die Abspaltung von der Ukraine und die Wiedervereinigung mit Russland fortgesetzt. Alle Mitglieder der Kommissionen setzen ihre Arbeit tapfer fort."

Gleichzeitig stellte Katjuschtschenko fest, dass "das Kiewer Regime weiterhin direkten Druck auf die Teilnehmer des Referendums und die Mitglieder der Kommission ausübt und sie einschüchtert". Sie hob hervor:

"In diesem Zusammenhang musste eines der Wahllokale in Iwanowka in einen Reserveraum evakuiert werden, und heute wird die Wahlkommission ihre Arbeit dort ebenso fortsetzen wie die anderen Wahlkommissionen in Energodar."

nachmittags:

13:08 (12:08) [novorosinform.org](#): **Russische Streitkräfte griffen das Hauptquartier des Kommandos „Süd“ der Streitkräfte der Ukraine in Odessa an**

Das russische Militär griff mit Hilfe von Geran-2-Drohnen das Gebäude des Hauptquartiers des Kommandos „Süd“ in Odessa an, berichtet „[prevda.ru](#)“.

Augenzeugen zufolge wurden drei im Iran hergestellte Shahed-136-Drohnen eingesetzt.

Bestätigende Videos wurden von Anwohnern in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hat die Informationen noch nicht kommentiert.

Zuvor, am 23. September, gingen bereits Informationen über Angriffe russischer Drohnen auf Militäreinrichtungen der Streitkräfte der Ukraine in Odessa ein.

Augenzeugen zufolge waren Ziele der Drohnen die Radar- und Luftverteidigungsanlagen sowie der Stab und die Militärlager der Streitkräfte der Ukraine. Im Bereich des Bahnhofs von Odessa waren Explosionen zu hören. Das veröffentlichte Filmmaterial zeigt, wie das ukrainische Militär versucht, eine Drohne mit Maschinengewehren abzuschießen.



https://novorosinform.org/content/images/41/40/54140_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **DVR-Botschafterin: Rund 236.000 Bürger der Republik haben im Rahmen des Referendums in Russland abgestimmt**

Mehr als 236.000 Bürger der Donezker Volksrepublik (DVR) haben seit Beginn der Abstimmung über das laufende Referendum über den Beitritt der Republik zur Russischen Föderation in Russland ihre Stimme abgegeben. Etwa 1.000 von ihnen haben ihre Stimme auf dem Gebiet der DVR-Vertretung abgegeben. Das teilte die Botschafterin der Republik in Moskau, Olga Makejewa, laut [TASS](#) am Sonntag mit.

"Wenn wir über die Bürger der Volksrepublik Donezk sprechen, haben in den vergangenen zwei Tagen mehr als 1.000 Menschen auf dem Gelände der Botschaft abgestimmt. Wenn wir von der gesamten Russischen Föderation sprechen, haben in den vergangenen zwei Tagen etwa 236.000 Bürger der Volksrepublik Donezk auf dem Territorium Russlands abgestimmt." Makejewa wies darauf hin, dass allein in Moskau 20 Wahllokale für die Stimmabgabe eingerichtet worden seien. Insgesamt hätten in den vergangenen zwei Tagen mehr als 55 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik Donezk abgestimmt, so die Diplomatin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633028f1b480cc2d10637bb2.jpg>

[g](#)

Abstimmung im Wahllokal in der DVR-Botschaft in Moskau

12:48 de.rt.com: **Lawrow: Russland wird keine ersten Schritte in Richtung des Westens machen**

Moskau wird in der gegenwärtigen Situation keine ersten Schritte in Richtung eines Dialogs mit dem Westen unternehmen, verkündete der russische Außenminister Sergei Lawrow. Auf einer Pressekonferenz nach seiner Teilnahme an hochrangigen Veranstaltungen der UN-Generalversammlung in dieser Woche erklärte er laut [RIA Nowosti](#):

"Wir lehnen keine Kontakte ab, und wenn wir entsprechende Vorschläge erhalten, stimmen wir zu. Wenn unsere Partner sich in aller Stille treffen wollen, ohne dass jemand davon erfährt, dann tun Sie das bitte. Denn reden ist immer besser als nicht zu reden. Aber in der jetzigen Situation wird Russland keine ersten Schritte unternehmen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6330399748fbef6536582a97.jpg>

13:24 de.rt.com: **Energodar-Beamter: Kiew versucht, die Stadt an einer historischen Entscheidung zu hindern**

Die ukrainischen Streitkräfte beschießen Energodar, um zu verhindern, dass die Einwohner des Gebietes Saporoschje in dem Referendum eine historische Entscheidung über den Beitritt zur Russischen Föderation treffen. Darauf wies der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung der Stadt, Alexander Wolga, am Sonntag gegenüber [TASS](#) hin.

Er erinnerte daran, dass die Stadt am Sonntagabend unter Beschuss geriet und betonte: "Dies ist eine weitere Provokation durch die ukrainischen Truppen, die versuchen, unsere Stadt, die eine historische Entscheidung trifft, aus dem psychologischen Gleichgewicht zu bringen. Aber das hilft ihnen nicht. Alle Einheiten, die die Stadt und das Kernkraftwerk [Saporoschje] bewachen, sind zu 100 Prozent auf solche Provokationen vorbereitet." Die Einschläge des ukrainischen Beschusses erfolgten in der Stadt, und es wurden auch Granattreffer in unmittelbarer Nähe zum Kernkraftwerk Saporoschje verzeichnet.

13:30 de.rt.com: **Neue Gesetze in Russland: Keine Mobilmachung für Studenten, harte Strafen für Plünderungen**

Jetzt ist es amtlich: Studenten dürfen im Rahmen der Teilmobilmachung nicht eingezogen werden. Dazu hatte der russische Präsident ein entsprechendes Dekret unterzeichnet. Gleichzeitig verschärfte er die Strafen für Kriegsverbrechen und Fahnenflucht. Mit der Unterzeichnung des Dekrets "Über die Gewährung des Aufschubs der Einberufung zum Wehrdienst im Rahmen der Mobilmachung" durch Wladimir Putin wurde die Pflicht zum Militärdienst für russische Studenten vorläufig ausgesetzt. Der [Text des Dokuments](#) wurde bereits auf der Website des Kremls veröffentlicht. Das Dekret setzt Spekulationen in den sozialen Netzwerken und den Medien ein Ende, wonach auch Universitätsstudenten im Rahmen der Teilmobilmachung eingezogen werden sollen. Dem Dokument zufolge bekommen Studenten, die ihr erstes Hochschulstudium

absolvieren, einen Aufschub, wenn sie "in Vollzeit oder Teilzeit in staatlich anerkannten Bildungsprogrammen der beruflichen Sekundarstufe und der Hochschulbildung in staatlichen Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Einrichtungen studieren".

Gerüchte und Falschmeldungen über die Einberufung von Studenten hatten nach der Ankündigung der Teilmobilmachung die sozialen Medien Russlands überschwemmt. Wladimir Zimljanski, ein Vertreter der Hauptabteilung für Organisation und Mobilisierung des russischen Generalstabs, hatte zuvor in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Interfax betont:

"Von einer Mobilmachung oder Einberufung von Vollzeitstudenten an den Universitäten kann überhaupt keine Rede sein. Alle gehen in aller Ruhe zum Unterricht, niemand wird sie einberufen oder mobilisieren."

Verteidigungsminister Sergei Schoigu hatte sich bereits am 21. September in diesem Sinne geäußert. Gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax erklärte er, die Teilmobilmachung gelte nur für Reservisten mit Kampferfahrung und einer bestimmten militärischen Tätigkeit. Er sagte in einem Interview mit dem Fernsehsender Rossija 24:

"Es handelt sich um Personen, die ihren Dienst geleistet haben und die über eine militärische Spezialisierung verfügen, also über die Art von Spezialisierung, die die Streitkräfte heute brauchen, und die Kampferfahrung haben. Und natürlich möchte ich allen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen könnten, vorgreifen: Es geht hier nicht um irgendwelche Mobilmachungen oder Einberufungen von Studenten, die an Hochschulen sind."

Der Minister fügte hinzu, es bestehe keine Notwendigkeit, Studenten oder Wehrpflichtige zu mobilisieren. "Wir verfügen über enorme Mobilisierungsressourcen, und zwar die Ressource derjenigen, die gedient haben, die Kampferfahrung haben, die eine militärische Spezialisierung haben", betonte er.

Andere Kategorien von Studenten – wie zum Beispiel Teilzeitstudenten oder Studenten an privaten Hochschulen – können für eine Mobilmachung aber infrage kommen. Allerdings nur, wenn sie die von dem Verteidigungsministerium angekündigten Kriterien für eine Teilmobilmachung erfüllen. Das heißt, sie müssen ihren Militärdienst geleistet haben, einen derzeit gefragten militärischen Beruf ausüben und vor allem über Kampferfahrung verfügen. Gleichzeitig mit der Ausnahme der Studenten von der Mobilmachung unterzeichnete der Präsident eine Reihe von [Gesetzesänderungen](#), die beispielsweise die Nichtbefolgung militärischer Befehle, Fahnenflucht, freiwillige Kapitulation, Plünderung oder Dienstverweigerung verschärft unter Strafe stellen. Die Begriffe "Mobilmachung", "Kriegsrecht" und "Kriegszustand" sowie eine Reihe neuer Artikel wurden in das russische Strafgesetzbuch aufgenommen. Zum Beispiel Artikel 352.1 ("Freiwillige Kapitulation"). Diese wird mit drei bis zehn Jahren Haft bestraft, "sofern keine Anzeichen für Hochverrat vorliegen". Das Strafmaß für Plünderungen wurde ebenfalls erhöht und kann nun bis zu 15 Jahren betragen. Als erschwerende Umstände gelten Plünderungen "während der Mobilmachung oder des Kriegsrechts in Kriegszeiten".

Zudem werden Verstöße gegen die staatliche Aufträge für die Bereitstellung von Rüstungsgütern strafrechtlich bewehrt. Beispielsweise ist eine Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren vorgesehen, wenn diese Aufträgen nicht erfüllt wurden oder der entstandene Schaden mehr als fünf Millionen Rubel beträgt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63301f61b480cc2f6d29004a.jpg>
Studenten der Moskauer Staatlichen Universität für Bauingenieurwesen bei einer Vorlesung

14:58 (13:58) novorosinform.org: **SBU verbreitet Falschinformationen über "vorab bekannte" Ergebnisse des Referendums - Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission der DVR**

Die ukrainischen Sonderdienste verbreiten falsche Informationen über die Abhaltung des Referendums in den Republiken des Donbass hinsichtlich angeblich im Voraus bekannter Ergebnisse der Abstimmung. Dies erklärte der Vorsitzenden des ZWK der DVR Wladimir Wysozkij.

Demnach habe der SBU auf seiner Website ein angeblich abgehörtes Gespräch zwischen zwei Personen veröffentlicht, die behaupten, dass die Entscheidung über den Beitritt der LVR und DVR zur Russischen Föderation Anfang September getroffen worden sei.

„Sie sehen genau, wie das Referendum in unserem Land abläuft, sie verstehen, dass sie nichts mehr tun können, also verbreiten sie diese eklatante Lüge, sie sind hysterisch, sie versuchen uns einzuschüchtern“, kommentierte Wysozkij den Vorfall.

Er fügte hinzu, dass Kiew die Einwohner der Region nicht einschüchtern könne, die ihre Wahl offen, rechtmäßig und ehrlich treffen würden.



https://novorosinform.org/content/images/41/46/54146_720x405.jpg

14:08 de.rt.com: **DVR-Sicherheitsbehörden decken Netzwerk des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes auf**

Der Sicherheitsdienst der Volksrepublik Donezk (DVR) hat ein Netzwerk des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes aufgedeckt, das während des Referendums über den Beitritt der Republik zur Russischen Föderation Terroranschläge vorbereitet haben soll. Dies [verkündete](#) das Verteidigungsministerium der Republik am Sonntag auf seinem Telegram-Kanal.

Die Aufdeckung des Netzwerkes sei durch die Verhaftung eines Offiziers des ukrainischen Geheimdienstes SBU möglich geworden. Dieser habe den Sicherheitsbehörden der DVR den

Standort des Hauptquartiers des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes in Mariupol mitgeteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633026f148fbef5eb447575b.jpg>

14:34 de.rt.com: **Gebiet Cherson vollständig mit russischem Gas versorgt**

Das Gebiet Cherson wird vollständig mit russischem Gas versorgt, das fünfmal billiger ist als das, was aus der Ukraine kommt. Das erklärte der Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, Wladimir Saldo, am Sonntag vor Journalisten. Er sagte laut [RIA Nowosti](#):

"Alles, was mit den Vorbereitungen für die Herbst-Winter-Periode zu tun hat, wird wie üblich durchgeführt. Wir werden nun die Gasmengen erhalten, die wir für das gesamte Gebiet benötigen, um den Betrieb der Kesselhäuser und des Haushaltssektors zu gewährleisten, aus Russland. Denn es ist egal, wie sehr sich die ukrainischen Behörden bemühen, die Möglichkeit, Gas aus der Ukraine zu beziehen, abzuschneiden. Wir brauchen ihr Gas nicht, wir haben jetzt unser eigenes russisches Gas in ausreichenden Mengen, damit alle Unternehmen arbeiten können."

"Es wird Gas geben, und vor allem ist dieses Gas fünfmal billiger als das ukrainische."

Das Gebiet Cherson hat Gaslieferungen von der Krim erhalten und ist nun völlig unabhängig von Gaslieferungen aus der Ukraine. Heute ist die Gasversorgung des Gebietes aus dem vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiet, aus Nikolajew, vollständig eingestellt.

15:36 de.rt.com: **Cherson-Behörden: Ukrainische Streitkräfte beschossen Hotel nach NATO-Hinweis**

Die ukrainischen Truppen haben das Hotel im Zentrum von Cherson nach nachrichtendienstlichen Informationen und Hinweisen von NATO-Vertretern beschossen. Das teilten die örtlichen Strafverfolgungsbehörden am Sonntag gegenüber [TASS](#) mit. Ein Vertreter erklärte:

"Der Angriff auf das Hotel wurde eindeutig mit Hilfe von NATO-Vertretern, auf deren Informationen und Hinweise hin durchgeführt."

Die Gebietsverwaltung von Cherson bezeichnete den Raketenangriff auf das Hotel in einer Erklärung als geplanten terroristischen Akt seitens der Ukraine.

16:07 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören ukrainischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfer im Gebiet Nikolajew**

Die russischen Streitkräfte haben die Abschussrampe eines US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfers der ukrainischen Streitkräfte in einer Feuerstellung in der Nähe des Dorfes Jawkino im Gebiet Nikolajew getroffen. Das teilte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, laut [TASS](#) am Sonntag mit.

Konaschenkow fügte hinzu, dass russische Luftabwehrsysteme in der Gegend um Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson und Walerjanowka in der Donezker Volksrepublik an einem Tag zwölf ukrainische Drohnen abgeschossen und außerdem 18 HIMARS-Raketen abgefangen hätten.

Zudem schossen russische Luftabwehrsysteme im Gebiet Cherson und der Lugansker Volksrepublik (LVR) drei US-amerikanische HARM-Anti-Radar-Raketen ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6330549748fbef5e8a7fab28.jpg>

Igor Konaschenkow

16:41 de.rt.com: **Daily Mail: Konflikt in der Ukraine möglichst schnell und friedlich beenden**

Großbritannien solle seine Unterstützung für die Ukraine einstellen und so schnell wie möglich eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine fördern. Das [fordert](#) der Daily Mail-Kolumnist Peter Hitchens, Autor und ehemaliger britischer Medienkorrespondent in der Sowjetunion und in den USA. Er stellt die Fragen:

"Was ist das Interesse Großbritanniens an der Ukraine? Warum schaufeln wir Waffen und Ausrüstung in dieses Land, obwohl unser Staatshaushalt überlastet ist und unseren eigenen Streitkräften seit vielen Jahren das Geld, die Männer und die Ausrüstung ausgehen?"

Er bezeichnet die Politik der militärischen Unterstützung der Ukraine als "sehr alt und sehr umstritten" und bewertet alle Versuche der USA, Russland anzugreifen, sowie die NATO-Osterweiterung als einen tragischen Fehler – der Europa nun dem Risiko einer nuklearen Konfrontation ausgesetzt hat. "Margaret Thatcher war alles andere als begeistert vom ukrainischen Nationalismus", betont Hitchens. "Das wäre einmal eine ganz normale britische Ansicht gewesen". Er erinnert an Putins jüngste Abmahnung an den Westen über den Einsatz von Atomwaffen und warnt:

"Das hat uns einem Atomkrieg nun nähergebracht als je zuvor. Diese Entwicklung – und es wäre äußerst töricht, Putins Worte als Bluff abzutun – zwingt uns alle zu mehr Nachdenklichkeit, nicht zu weniger."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63303894b480cc323915db08.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 25. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 38 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt.

In Mariupol und Wolnowacha gehen die Arbeiten zur Inbetriebnahme von Kommunikationsobjekten weiter, Verbraucher werden an das Telekommunikationsnetz angeschlossen. In Mariupol wurden im 25. und 26. Stadtteil Vorbereitungsarbeiten zur Verlegung einer Faseroptikmagstrale durchgeführt. Spezialisten haben mit dem Wiederaufbau der Faseroptikkommunikationsleitung Swetlodarsk – Mironowskij begonnen.

In 17 befreiten Ortschaften wurden in Einrichtungen des Gesundheitswesens Beratungen und medizinische Behandlungen für die Bevölkerung durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 19.250 untersucht, 97 Mitarbeiter und 21 Stück Technik eingesetzt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führen weiter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij durch. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:13 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Dorf in der Volksrepublik Lugansk mit HIMARS-Raketen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben das Dorf Trawnwoje in der Volksrepublik Lugansk (LVR) mit vier Raketen aus einem US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfer angegriffen. Das berichtete die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen der Kriegsverbrechen der Ukraine laut [RIA Nowosti](#).

Wie festgestellt wurde, kam es durch den Beschuss zur Beschädigung der Garage und eines Busses der Direktion für Straßenreparatur und Straßenbau.

17:54 de.rt.com: **Saporoschje: Versteckter Sprengsatz explodiert in Abfalleimer in Berdjansk**

In einem Park im Zentrum von Berdjansk hat sich eine Explosion ereignet. Wie die Stadtverwaltung mitteilte, gab es keine Verletzten. In einer Erklärung hieß es: "In Berdjansk hat es einen weiteren Sabotageversuch gegeben. In der Gegend des Schmidt-Parks ging ein in einem Abfalleimer deponierter Sprengsatz hoch."

Es gebe keine Verletzten oder Schäden, fügte die Verwaltung hinzu. Einsatzkräfte seien vor Ort tätig.

Die Stadtverwaltung forderte die Einwohner auf, wachsam zu sein und den Strafverfolgungsbehörden verdächtige Gegenstände zu melden.

Es ist bereits die zweite Explosion am heutigen Tag in Berdjansk – einige Stunden zuvor explodierte ein improvisierter Sprengsatz in der Nähe des Gebäudes der Stadtverwaltung. Die Behörde vermutet, dass die Söldner des ukrainischen Geheimdienstes SBU hinter den Explosionen stecken, um die Bevölkerung einzuschüchtern und das Referendum zu stören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633057bbb480cc1af03c2171.jpg>

Ein Park in Berdjansk

abends:

18:20 de.rt.com: **Ex-Berater Reagans: USA dürfen den Willen der Krim nicht missachten**
Doug Bandow, ein ehemaliger Berater von US-Präsident Reagan, warnt Washington davor, sich auf die Seite von Wladimir Selenskij zu schlagen, der die Krim von Russland "befreien" will. In seiner [Kolumne für The American Conservative](#) weist er darauf hin, dass die Bewohner der Halbinsel mehrheitlich dafür gestimmt haben, Teil Russlands zu werden – und die verkündeten Ergebnisse "könnten die tatsächliche Stimmung widerspiegeln". Er sagt: "Die derzeitigen Bewohner der Krim sollten nicht als Kriegsbeute behandelt werden, die nach dem Willen des Siegers umgesiedelt werden soll. Westliche Staaten kritisieren heute Regierungen, die sich gewaltsam gegen eine Abspaltung wehren – man denke nur an den

aggressiven Krieg der NATO gegen Serbien wegen des Kosovos – und können nicht einfach eine ukrainische Militärkampagne zur Rückeroberung der Krim unterstützen."

Es gebe außerdem "keine überzeugenden Beweise dafür", dass eine Mehrheit der Menschen auf der Krim "befreit" werden will, betont Bandow. Er fasst zusammen:

"Bislang haben die amerikanische und die europäischen Regierungen auf Fragen zu den ukrainischen Kriegszielen mit der Aussage reagiert, dass die Entscheidung darüber bei Kiew liege. Und das stimmt – aber das bedeutet nicht, dass die Verbündeten sie unterstützen müssen. Washington setzt sich für die ukrainische Unabhängigkeit ein und nicht für das, was die Regierung Selenskij wünscht. Natürlich steht es ihm frei, die Welt zu bitten. Wer weiß, vielleicht bittet Kiew demnächst um das nötige Rüstzeug, um Moskau einzunehmen und die Russische Föderation aufzulösen. Aber die USA wären auch nicht verpflichtet, diesen Plan zu unterstützen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 25.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 200 Geschosse mit Panzern und Rohrtartillerie des Kalibers 155 152 und 122mm abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurde **ein Zivilist verletzt**. 7 Häuser und 5 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:43 de.rt.com: **Russische Streitkräfte eliminieren bis zu 100 ausländische Söldner im Gebiet Saporoschje**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden in der Nähe von Saporoschje etwa hundert ausländische Söldner, die auf Seiten der Ukraine gekämpft haben, getötet. In einer [Erklärung](#) der Behörde heißt es:

"Bei einem Raketenangriff auf einen vorübergehenden Stützpunkt ausländischer Söldner in der Nähe der Stadt Saporoschje wurden bis zu hundert Kämpfer und 15 Einheiten militärischer Technik liquidiert."

Außerdem griff die russische Luftwaffe die ständigen Aufmarschstellen und den Kommunikationsknotenpunkt der 46. Luftlande- und der 60. Infanteriebrigade der ukrainischen Armee im Gebiet Cherson an und tötete dabei etwa 30 Kämpfer. Die Verluste der ukrainischen Truppen am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog beliefen sich im Laufe eines Tages auf mehr als 110 Tote und Verwundete sowie 13 Einheiten militärischer Technik.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6330512248fbef5bb35eac3b.jpg>
g

Su-30 der russischen Luftwaffe

19:03 de.rt.com: **Medien: Teilmobilmachung Russlands für Biden höchst ungünstig**

Die Entscheidung, in Russland eine Teilmobilmachung einzuleiten, kommt für US-Präsident Joe Biden zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Das berichtet RIA Nowosti unter Berufung auf einen [Artikel](#) des kroatischen Journalisten Zoran Meter für Geopolitika.news. Meter glaubt: "Wladimir Putin hat zu einem für Joe Biden höchst ungünstigen Zeitpunkt zu handeln begonnen, da dieser gerade einen intensiven Wahlkampf für die Demokratische Partei im Vorfeld der für Anfang November angesetzten Kongresswahlen führt."

Es werde für Biden äußerst schwierig sein, den US-Bürgern zu erklären, warum er eine weitere Radikalisierung seiner Politik gegenüber Russland anstrebe und dabei einen direkten militärischen Zusammenstoß mit einer Atommacht riskiere, betonte Meter. Immerhin rangiere die Situation in der Ukraine laut Umfragen nur auf Platz elf der Prioritäten der Amerikaner, so der Journalist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63304040b480cc2dd83c09be.jpg>
g

19:30 de.rt.com: **Berlin will keine EU-Bürger mehr an Spitze russischer Staatskonzerne**
EU-Bürger sollen nach dem Willen der Bundesregierung keine Spitzenposten in russischen Staatskonzernen mehr bekleiden dürfen. Das geht aus einem Vorschlag aus Berlin für neue

Sanktionen gegen Russland hervor, der der Deutschen Presse-Agentur in Brüssel vorliegt. Hintergrund dürfte vor allem der Fall von Ex-Kanzler Gerhard Schröder sein, der jahrelang Aufsichtsratschef des russischen Ölkonzerns Rosneft war. Zunächst hatte die Süddeutsche Zeitung berichtet.

Darüber hinaus dringt die Bundesregierung in dem Papier auf die Umsetzung des globalen Preisdeckels für Ölimporte aus Russland, für den sich bereits die G7-Staaten starkmachen, sowie auf ein Verbot, mit russischen Firmen im Bereich der Kernenergie zusammenzuarbeiten. Auch soll es den Vorschlägen zufolge untersagt werden, Immobilien in der EU an Russen zu verkaufen. Und nicht zuletzt wird gefordert, weitere Personen mit EU-Einreisesperren zu belegen und ihre Vermögen in der Europäischen Union einzufrieren.